

Brexit Startschuss

BRÜSSEL, BELFAST, EDINBURGH: THERESA MAY KÄMPFT AN DREI FRONTEN

Der Scheidungsbrief aus London hat Brüssel am 29.03.2017 erreicht, nachdem Theresa Mays Brexit-Zeitplan wiederholt durch politische Manöver der Landesteile der britischen Union gefährdet wurde. Zu Jahresbeginn musste der Londoner Supreme Court über die Beteiligung der Regionalparlamente am Brexit-Prozess entscheiden¹, seit einer Regierungskrise in Nordirland steht die Vereinigung mit Irland wieder zur Disposition und in Schottland droht ein neues Unabhängigkeitsreferendum. Denkbar komplexe innenpolitische Schwierigkeiten und ein Verhandlungspanorama mit der EU, welches wenig Raum für optimistische Prognosen bietet.

Offizielle Mitteilung des Vereinigten Königreichs an die EU

Die britische Premierministerin hat Wort gehalten: Am 29.3. unterzeichnete sie wie angekündigt das Schreiben² an den EU-Ratspräsidenten Donald Tusk, mit dem die Absicht der britischen Regierung, die EU zu verlassen, offiziellen Status erreicht. Dieses Schreiben wurde vom britischen EU-Botschafter am selben Tag Donald Tusk überreicht.

Von nun an tickt die „Brexit-Uhr“. In einer emotionalen Debatte im britischen Unterhaus am 29.3., legte May in einem State-

ment die Prioritäten nochmals dar, die auch im besagten Schreiben aufgeführt sind, wobei hier – im Gegensatz zu ihrer Lancaster-House Rede - jegliche Schärfe in Richtung der EU vermieden und vielmehr der eindringliche Wunsch einer engen Zusammenarbeit, einer erfolgreichen EU und einer schnellen Lösung für die EU-Bürger in Großbritannien und die britischen Bürger in der EU sowie eines umfangreiches Freihandelsabkommen in den Vordergrund gestellt wurden.

Die heftigsten Reaktionen erfolgten von den schottischen SNP-Abgeordneten, die vehement forderten, den Willen der schottischen Wähler nicht zu ignorieren, während sich Labour-Chef Jeremy Corbyn (mal wieder) zwischen persönlicher Meinung und der Position seiner Fraktion wand.

Die offiziellen Verhandlungen werden nun allerdings nicht unmittelbar erfolgen, zunächst muss im Rahmen einer Sondersitzung des Europäischen Rates ein Beschluss mit qualifizierter Mehrheit für ein Verhandlungsmandat herbeigeführt und der Chefunterhändler Michel Barnier formal ernannt werden. Das ursprünglich für Anfang April angekündigte Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs wurde zu diesem Zweck auf den 29. April verschoben.

Derweil hat die britische Regierung neben dieser Verhandlungsfrent in Brüssel mit zwei weiteren komplexen innenpolitischen Fronten zu kämpfen: Schottland und Nordirland.

Sturgeons medialer Coup

¹ Vgl. BBC News (2017): Brexit: Supreme Court says Parliament must give Article 50 go-ahead. BBC News online, <http://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-38720320> (28.03.2017).

² Für den kompletten Text des Schreiben siehe: https://www.scribd.com/document/343396953/P-M-Letter-to-EU-Council-President#download&from_embed

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**GROßBRITANNIEN
UND IRLAND**

HANS-HARTWIG BLOMEIER
JANA SCHUBERT

29. März 2017

www.kas.de/london

Am 13. März 2017 haben das britische Ober- und Unterhaus die Premierministerin formal ermächtigt, den Austrittsprozess Großbritanniens aus der EU einzuleiten. Doch der mediale Fokus lag erstaunlicherweise nicht auf London, sondern weiter nördlich auf Edinburgh, wo die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon von der *Scottish National Party* (SNP) ankündigte, ein zweites Unabhängigkeitsreferendum abhalten zu wollen. Diese Forderung wies die britische Premierministerin Theresa May zwar einen Tag später mit scharfen Worten (*This is not the time, politics is not a game*) zurück, sah sich dadurch jedoch gezwungen den Termin für das Versenden des „Brexit-briefs“ an Brüssel auf die letzte Märzwoche zu verschieben, um vorher nochmals für ihr Vorhaben in den Landesteilen Großbritanniens zu werben. Für diese erneute Verzögerung im *Brexit*-Zeitplan war somit die schottische Regierungschefin verantwortlich³, die Fronten zwischen London und Edinburgh haben sich dadurch wesentlich verhärtet.

**Legale und politische Voraussetzungen
des Unabhängigkeitsreferendums**

Das von Sturgeon geforderte Unabhängigkeitsreferendum erfordert einen Machttransfer seitens der britischen Regierung zur Abhaltung eines Referendums nach *Section 30* des *Scotland Act* aus dem Jahr 1998.⁴ Diesen Machttransfer kann Theresa May *de iure* ablehnen, *de facto* erscheint dies jedoch unwahrscheinlich: es würde das ohnehin negative Bild einer „englischen“ Regierung Großbritanniens, welche die Interessen der anderen Landesteile, insbesondere Schottlands und Nordirlands, ignoriert, noch weiter verstärken.⁵

Da die britische Premierministerin ein Unabhängigkeitsreferendum vor dem Ende der *Brexit*-Verhandlungen und ohne der Klärung der künftigen Beziehungen Großbritanniens

zur EU als „voting blind“ kategorisch abgelehnt hat, erscheint es derzeit als wahrscheinlich, dass sie den Zeitpunkt entgegen Sturgeons Plänen bis nach dem EU-Austritt hinauszögern wird.⁶

Politisches Tauziehen besteht neben der Frage über den Zeitpunkt des Referendums zudem hinsichtlich des benötigten Mandats. Sturgeon begründet dieses mit dem Parteiprogramm ihrer SNP, mit dem die Partei letztes Jahr zur stärksten Fraktion im schottischen Parlament gewählt wurde und in dem die Durchführung eines Referendums für den Fall versprochen wird, dass Schottland gegen den Willen der Bevölkerung aus der EU austreten müsse.⁷ Tatsächlich erzielte Schottland anlässlich des *Brexit*-Referendums mit 62 Prozent das landesweit stärkste Ergebnis für den Verbleib in der EU. *Labour*, die *Liberal Democrats* und vor allem die *Conservatives* lehnen ein zweites Referendum jedoch ab. Die Parteivorsitzende der schottischen *Conservatives* Ruth Davidson, unter der die Partei zur stärksten Oppositionskraft aufgestiegen ist, begründet die Ablehnung mit der Tatsache, dass die SNP das letzte Referendum mit einer „*once in a generation opportunity*“ legitimiert habe und die öffentliche Unterstützung für ein erneutes Referendum nicht gegeben sei.⁸ Bei der parlamentarischen Abstimmung über das Mandat am 28.03.2017 stimmte jedoch eine Mehrheit von 69 Abgeordneten der SNP und der *Scottish Green Party* für das Unabhängigkeitsreferendum, während 59 Abgeordnete der *Conservatives*, *Liberal Democrats* und *Labour* das Referendum ablehnten.⁹

Erfolgsaussichten des Unabhängigkeitsreferendums

Das letzte Unabhängigkeitsreferendum Schottlands liegt keine drei Jahre zurück, damals hatten sich 55,3 Prozent der Schot-

³ Vgl. The economist (2017): Scotched. The economist vom 18.03.2017, S. 24.

⁴ Vgl. Taylor, Brian (2017): Laying foundations ahead of crucial vote. BBC online, <http://www.bbc.co.uk/news/uk-scotland-scotland-politics-39344436> (28.03.2017).

⁵ Vgl. The economist (2017): Sturgeon the brave. The economist vom 18.03.2017, S. 23f.

⁶ Vgl. Little, Allan (2017): What impact might Brexit have on Scotland's future? BBC News online, <http://www.bbc.co.uk/news/uk-scotland-scotland-politics-39317865> (28.03.2017).

⁷ Dickie, Mure (2017): Independence Day part II. Financial Times vom 18./19. März 2017, S. 7.

⁸ Vgl. Taylor 2017.

⁹ Vgl. BBC News online (2017): Scottish Parliament backs referendum call. <http://www.bbc.co.uk/news/uk-scotland-39422747> (29.03.2017).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**GROßBRITANNIEN
UND IRLAND**

HANS-HARTWIG BLOMEIER
JANA SCHUBERT

29. März 2017

www.kas.de/london

ten gegen das Verlassen des Vereinigten Königreichs ausgesprochen. Die aktuellsten Meinungsumfragen über eine potentielle Unabhängigkeit Schottlands sind ambivalent: laut jüngsten Umfragen besteht momentan eine Mehrheit von 53 – 57 Prozent für den Verbleib im Königreich, während langfristige Untersuchungen mit 46 Prozent (Stand 2016) der Zustimmung zur Unabhängigkeit einen Höchststand bescheinigen. Zudem ist dieser Wert doppelt so hoch als zu Beginn der ersten Unabhängigkeitskampagne. Gleichzeitig steigt jedoch die Skepsis der Schotten gegenüber der EU: So stimmten zwei Drittel der Befragten entweder für ein Verlassen der EU (25 Prozent) oder für eine Reduzierung der EU-Kompetenzen (42 Prozent). Hierfür besteht mit 56 Prozent auch eine Mehrheit bei den Befragten, die 2016 für *Remain* gestimmt haben.¹⁰ Um die euroskeptischen Wähler nicht zu verprellen, wird Sturgeon im Rahmen einer zweiten Unabhängigkeitskampagne vermutlich weniger auf die EU-Karte setzen und den Diskurs vielmehr auf den Wunsch, die Kontrolle über das Schicksal des Landes behalten zu wollen, lenken.¹¹

Auswirkungen eines *Scexit*

Seit dem letzten Referendum hat sich nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch die wirtschaftliche Situation Schottlands aufgrund des schwachen Ölpreises verändert. Durch die fehlenden Einnahmen aus der Ölförderung in der Nordsee wachsen die Schulden Schottlands, dessen nominelles Haushaltsdefizit mit zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts doppelt so hoch ist wie im gesamten Vereinigten Königreich. Die Unabhängigkeit hätte zudem immense Auswirkungen auf den Handel mit Großbritannien, dessen Markt für Schottland vier Mal wichtiger ist als der EU-Binnenmarkt.¹² Konnte die letzte Unabhängigkeitskampagne noch

argumentieren, dass ein unabhängiges Schottland schnell wieder EU-Mitglied werden und mit dem EU-Mitglied Großbritannien auf dem EU-Binnenmarkt handeln könne, fällt diese Begründung bei der gegenwärtigen *Brexit*-Positionierung eher unter den Tisch. Ein Austritt aus dem Vereinigten Königreich würde die prekäre wirtschaftliche Situation Schottlands folglich verschlechtern. Ob dieses wirtschaftliche Argument allerdings den Ausschlag geben wird, darf zumindest bezweifelt werden, Emotionen wiegen – so hat ja nicht zuletzt das EU-Referendum gezeigt, offensichtlich schwerer als Fakten.

***Scexit* als *exit* vom *Brexit*?**

Aufgrund der beschriebenen jüngsten Umfrageergebnisse auf der einen Seite, aber auch der klaren *Remain*-Positionierung anlässlich des letztjährigen Referendums auf der anderen stellt die Positionierung der schottischen Regierung hinsichtlich künftiger Beziehungen zur EU einen Balanceakt dar. Um die als „Yes-leavers“ bezeichneten Wähler, die für die Unabhängigkeit sowohl von der britischen als auch der Europäischen Union gestimmt haben (14 Prozent der Wahlberechtigten¹³), nicht zu verprellen, wird Sturgeon in ihrer Kampagne wahrscheinlich von einer EU-Beitrittskandidatur Abstand nehmen. Sie könnte eher eine Mitgliedschaft in der Europäischen Freihandelszone (EFTA) oder im Europäischen Wirtschaftsraum anvisieren, wodurch Schottland auch weiterhin Zugang zum EU-Binnenmarkt hätte. Zudem würde sich ein erneuter Beitritt Schottlands zur EU vermutlich langwieriger gestalten als von der Unabhängigkeitskampagne angenommen¹⁴: Zum einen hatte die EU bereits während der letzten Kampagne verdeutlicht, dass es keinen „fast track“-Beitritt geben wird, zum anderen ist es wahrscheinlich, dass Spanien den Beitrittsprozess im Hinblick auf die ei-

¹⁰ Vgl. BBC News online (2017): Scottish independence support 'at highest ever level'. http://www.bbc.co.uk/news/uk-scotland-scotland-politics-39265997?intlink_from_url=http://www.bbc.co.uk/news/topics/8e6535d3-574d-4056-b578-555132b7ed69/nicola-sturgeon&link_location=live-reporting-story, (28.03.2017).

¹¹ Vgl. Dickie 2017.

¹² Ebd.

¹³ Curtis, Chris (2017): Why have the polls not shown a shift towards Scottish independence? YouGov Opinion Poll, <https://yougov.co.uk/news/2017/01/27/why-have-polls-not-shown-shift-towards-scottish-in/> (28.03.2017).

¹⁴ Eine ausführliche Analyse dazu von Hughes, Kristin und Lock, Tobias siehe hier: <http://www.europeanfutures.ed.ac.uk/article-4667>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

GROßBRITANNIEN UND IRLAND

HANS-HARTWIG BLOMEIER
JANA SCHUBERT

29. März 2017

www.kas.de/london

gene separatistische Region Katalonien blockieren wird. Die 21 Prozent „Yes-remainers“¹⁵ von dieser EU-light-Positionierung zu überzeugen, stellt eine weitere Herausforderung für Nicola Sturgeon dar.

Regierungsbildung in Nordirland: Im Westen nichts Neues

Die zweite Front in der britischen Union eröffnet sich für Theresa May in Nordirland. Nach lediglich einem knappen Jahr im Amt war im Januar die nordirische Regierungskoalition, bestehend aus der pro-britischen *Democratic Unionist Party* (DUP) sowie aus der für eine Vereinigung mit Irland kämpfenden *Sinn Féin*, an einem Subventions-skandal zerbrochen.¹⁶ Nach den Neuwahlen im März konnte innerhalb der festgelegten Verhandlungsfrist keine neue Regierung gebildet werden. Im Zentrum des Konflikts, an dem die Regierungsbildung gescheitert ist, steht Arlene Foster, DUP-Vorsitzende und Co-Regierungschefin der letzten Legislaturperiode. Fosters Beteiligung an dem Subventionsskandal wird gegenwärtig juristisch aufgearbeitet, entgegen der Forderungen Sinn Féins lehnt Foster einen Rücktritt jedoch bislang ab. Da aufgrund des Friedensabkommens und der Wahlergebnisse nur Sinn Féin und DUP eine gemeinsame Regierungskoalition bilden können, befinden sich die Verhandlungen in einer Sackgasse. Die für diesen Fall vorgesehenen Neuwahlen, die dritten Wahlen innerhalb eines Jahres, wollen sowohl die zuständige britische Regierung als auch die nordirischen Parteien vermeiden. Aber auch das zweite *de iure* vorgesehene Szenario, die direkte Regierung aus London („*direct rule*“), wird aufgrund des inhärenten Konfliktpotentials von allen Beteiligten abgelehnt. Nach Ablauf der Verhandlungsfrist am 27. März 2017 entschied sich der zuständige britische Staatssekretär für Nordirland, James Brokenshire, für die politische Kompromisslösung, den

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Für einen umfassenden Überblick siehe Blomeier, Hans-Hartwig/ Schubert, Jana (2017): Neuwahlen unter dem Brexit-Damoklesschwert. Regionalwahlen in Nordirland. Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, <http://www.kas.de/wf/de/33.48124/> (28.03.2017).

Verhandlungszeitraum zur Einsetzung einer nordirischen Exekutive bis nach Ostern zu verlängern und somit vorerst Neuwahlen und *direct rule* zu verhindern.

Bei der sich in einer Sackgasse befindenden Regierungsbildung in Nordirland darf der Kontext des *Brexit* nicht unberücksichtigt bleiben: So kündigt Theresa May anlässlich ihres Regierungsstatements über die Austrittsbenachrichtigung an die EU am 29.03.2017 an, eine befestigte Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland auch nach dem *Brexit* unbedingt vermeiden zu wollen. Da diese Grenze aber nach dem *Brexit* eine EU-Außengrenze darstellt, wirft die Realisierungsmöglichkeit dieses Vorhabens einige Fragen auf. Eine Antwort hierauf könnte das von Sinn Féin wiederholt geforderte Referendum zur Vereinigung Nordirlands mit dem südlichen Nachbarn sein, welches der für den *Brexit* zuständige Minister David Davis bei einer Stellungnahme am Vorabend der Austrittsbenachrichtigung nicht kategorisch ausschloss.¹⁷

Ausblick

In **Schottland** ist Nicola Sturgeon mit ihrer Forderung nach einem erneuten Referendum nach vorne geprescht und kann nun hinter diese Forderung auch nicht mehr zurück. Theresa May wird sich dieser Forderung auch auf Dauer nicht entziehen können und hat sich vorläufig aber mit dem verzögerten Zeitpunkt durchsetzen können, um nicht während der Verhandlungsperiode parallel auch diese innenpolitische Schlacht schlagen zu müssen. Nicola Sturgeon dürfte über eine Verzögerung des Unabhängigkeitsreferendums nicht gänzlich unglücklich sein, da zu einem späteren Zeitpunkt die Erfolgsaussichten durchaus steigen könnten: mögliche negative Auswirkungen des *Brexit* könnten spürbarer sein, der Ölpreises könnte steigen und eine pro-europäische, jedoch noch nicht in allen Teilen wahlberechtigte Jugend stünde bereit. Neben dem medialen Coup konnte Sturgeon mit der

¹⁷ BBC News online (2017): NI 'would return to EU' in event of united Ireland vote. <http://www.bbc.co.uk/news/uk-northern-ireland-39415709> (28.03.2017).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**GROßBRITANNIEN
UND IRLAND**

HANS-HARTWIG BLOMEIER
JANA SCHUBERT

29. März 2017

www.kas.de/london

bloßen Forderung nach einem Referendum allerdings einen weiteren politischen Etappensieg erzielen: das Druckpotential der schottischen Regierung auf London wächst, so dass Theresa May vor dem Versenden des Scheidungsbriefs noch einmal zu Gesprächen nach Schottland reiste¹⁸, wo die Differenzen bei allem bemühten Lächeln jedoch klar deutlich wurden.

Nordirland steht eine unklare politische Zukunft bevor, da eine Beilegung des politischen Konflikts zwischen Sinn Féin und DUP zumindest kurzfristig unwahrscheinlich erscheint. Die für diesen Fall vorgesehene Aussetzung der nordirischen Exekutive fand seit der offiziellen Beilegung der blutigen Konflikte in Nordirland („troubles“) bereits wiederholt statt. Das politische Vakuum und die anhand der gesellschaftlichen Konfliktlinien politisierten Koalitionsverhandlungen könnten den gesellschaftlichen Konflikt zwischen den pro-britischen Protestanten und den pro-irischen Katholiken jedoch wieder intensivieren. Negativ ist zudem, dass den nordirischen Interessen gegenüber den *Brexit*-Verhandlungen in London bar jeder Exekutive das Sprachrohr fehlt. Schließlich könnten die *Brexit*-Verhandlungen ein Referendum über die Vereinigung mit Irland auslösen.

Theresa May muss also gegenwärtig verstärkten Einsatz für politische Konflikte im eigenen Land zeigen, um einer Spaltung des britischen Königreichs in ein „Little Britain“ am Vorabend des *Brexit* entgegenzuwirken. Auffällig ist die divergierende Reaktion der britischen Regierung auf die „separatistischen“ Regionen Schottland und Nordirland: Während May gegenüber Schottland wahrscheinlich von ihrem Recht Gebrauch machen wird, ein zweites Unabhängigkeitsreferendum vorläufig zu verzögern, wird ein Vereinigungsreferendum Nordirlands mit der Republik Irland zumindest nicht kategorisch abgelehnt.

¹⁸ BBC News online (2017): PM says Brexit plan to 'strengthen Union' ahead of Sturgeon meeting. BBC online, <http://www.bbc.co.uk/news/uk-scotland-scotland-politics-39399390> (28.03.2017).

Was die Verhandlungen in **Brüssel** angeht, so ist die Ausgangslage denkbar komplex und bietet derzeit wenig Raum für allzu großen Optimismus.

Das zentrale Problem liegt in der fundamental unterschiedlichen Position zwischen EU und Großbritannien, was zeitliche und politische Realitäten angeht.

Die EU strebt an, in dem verfügbaren 2-Jahreszeitraum den sog. „Scheidungsprozess“ abzuschließen und eine politische Vereinbarung über die Rahmenbedingungen eines zukünftigen Freihandelsabkommens festzulegen. Idealerweise könnte auch eine Vereinbarung über die Aufenthaltsrechte von EU Bürgern in Großbritannien und Briten in der EU erzielt werden. Daran würde sich idealerweise eine 3-5 jährige Transitionsphase anschließen, innerhalb derer dieses Freihandelsabkommen in allen Details abgeschlossen werden könnte. Eine solche Transitionsphase müsste aber einem bestehenden Status (EEA oder ähnliches) entsprechen, was einer Anerkennung des EuGH und weiterer EU-Regeln beinhalten würde.

Großbritannien hingegen strebt an, in diesen zwei Jahren sowohl den Scheidungsprozess als auch das komplette Freihandelsabkommen inklusive Aufenthaltsrechte abschließend zu verhandeln und lediglich die Implementierung des Freihandelsabkommens in differenzierter Weise zeitlich verzögert umzusetzen, um den verschiedenen Wirtschaftszweigen Anpassungszeit einzuräumen.

Das Szenario der EU ist unter zeitlichen Gesichtspunkten als ambitioniert aber realistisch einzuschätzen und wäre vermutlich in der EU auch politisch durchzusetzen. Es wäre allerdings in Großbritannien politisch in der derzeitigen Gemengelage völlig unakzeptabel. Theresa Mays Autorität und politische Unterstützung in ihrer eigenen Partei fußt auf der Grundlage, dass der Brexit „ohne Wenn und Aber“ vollzogen wird. Eine diffuse Übergangslösung mit Reizthemen wie EuGH u.a. würde die derzeitige Geschlossenheit der Konservativen Partei sprengen, die Presse würde sie mehrheitlich des „Brexit-Verrats beschuldigen. Sie würde

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**GROßBRITANNIEN
UND IRLAND**

HANS-HARTWIG BLOMEIER
JANA SCHUBERT

29. März 2017

www.kas.de/london

für eine solche Lösung aller Voraussicht nach kein innenpolitisches Mandat bekommen, eine schwere innenpolitische Krise wäre die Folge. Sie wird sich deshalb darauf nicht einlassen (können).

Das Szenario UK ist hingegen innenpolitisch klar mehrheitsfähig, wie die bisherigen Brexit-Abstimmungen im Parlament gezeigt haben, die zerstritten Labour Opposition bietet keinen nennenswerten Widerstand und die schottische SNP hat eine eigene und exklusiv auf Schottland konzentrierte Agenda. Allerdings ist dieses Szenario zeitlich komplett unrealistisch.

Beide Szenarien sind somit derzeit fundamental inkompatibel, eine Verhandlungslösung ist so nur schwer vorstellbar. Der von Wirtschaft und Politik gefürchtet „cliff edge“, also der Fall ins Ungewisse, ist somit zu befürchten.

Ändern könnte sich das nur, wenn negative wirtschaftliche Auswirkungen in erheblichem Ausmaß einen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung auslösen, der sich in den Wahlkreisen artikuliert und zu einer dann entsprechend anderen Stimmung und Mehrheitsbildung im Parlament führt. Das ist im nun begonnenen 2-Jahreszeitraum denkbar, aber nicht in hohem Masse wahrscheinlich. Zu befürchten ist vielmehr, dass diese Auswirkungen erst später, nach vollzogenem Austritt sicht- und spürbar werden.

Der 29.3.2017: ein historischer, aber sicher kein guter Tag für Europa.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Auslandsbüro Grossbritannien
und Irland

63 Eccleston Square
London SW1V 1PH
Grossbritannien

Telefon
+44-20 78344119

Mail
hans.blomeier@kas.de